

Die Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Das gute Einverständnis zwischen den beiden großen Kulturvölkern, Deutschen und Franzosen — das ist der Punkt, von welchem alle politische Freiheit, aller zivilisatorischer Fortschritt in Europa, alle Vermehrung und Verwirklichung der geistigen Ideenmasse, kurz alle demokratische Entwicklung und somit alle Kultur-entwicklung überhaupt unwiderruflich abhängt! An diesem Punkte hängt nicht nur das Schicksal einer bestimmten Nation — es ist die Lebensfrage der gesamten europäischen Demokratie.

Lassalle.

Nummer 46 — 1. Jahrgang Saarbrücken, Samstag, 12. August 1933 Chefredakteur: M. Braun

Minister und Mörder

Fechenbach planmäßig ermordet — Die Regierung ist verantwortlich für die Bestien — Ein erschütternder Brief Frau Fechenbachs

Prag, 11. Aug. (Eig. Draht.) Der Vorstand der SPD, City Prag, teilt mit, daß Fechenbach nicht, wie es in der amtlichen Meldung heißt, auf der Flucht erschossen, sondern planmäßig ermordet worden ist. Wenn man ihn ungefährdet von Detmold in das Konzentrationslager nach Dachau hätte bringen wollen, dann wäre der Transport mit der Eisenbahn der sicherste und einfachste Weg gewesen. Man hat statt dessen den Transport im Kraftwagen mit SA-Mannschaften gewählt.

Wer diese Anordnung traf, trägt auch die volle Verantwortung für die Ermordung Fechenbachs

Ueber die Schuldfrage gibt ein Brief Aufklärung, den die Gattin Fechenbachs Mitte Juli erhielt. Es heißt darin:

Heute wurde ich dem Herrn Staatsminister vorgeführt. Ich wurde an Eisner und an meinen Prozeß erinnert und habe manches hören müssen (dieser Brief passierte natürlich die Nazizensur. Red.), was mir nicht angenehm war. Aber ich dachte an Dich und an die Kinder und habe geschwiegen. Das Entscheidende, was Dich besonders interessiert und weshalb ich Dir heute schreibe, ist dies: Der Herr Staatsminister hat mir eröffnet, er habe in Bayern den Antrag gestellt, mich in ein bayerisches Konzentrationslager zu übernehmen.

Fechenbachs Frau, Mutter von drei kleinen Kindern, versuchte alles, um die Auslieferung ihres Mannes an Bayern zu verhindern. Da sie aber einsah, daß jede Veröffentlichung das Schicksal ihres Mannes nur noch verschlechtern könnte, nahm sie davon Abstand, der Weltöffentlichkeit ihre Befürchtungen zu unterbreiten, daß ihrem Manne auf dem Wege nach Bayern oder in Dachau ein fürchterliches Schicksal bereitet werden sollte.

Hitler — Hindenburg — Löbe

Des Reichskanzlers Bekenntnis zum Mord — Die Schuld des Reichspräsidenten

Der in Karlsbad erscheinende „Neue Vorwärts“, das Wochenblatt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, richtet schwere sachliche Angriffe gegen den Reichspräsidenten Hindenburg. Er erinnert daran, daß Hindenburg 1925 bei der Übernahme seines Amtes in die Hand des Reichstagspräsidenten und jetzigen Gefangenen im Konzentrationslager, Paul Löbe, einen Eid geleistet hat, in dem er u. a. auch gelobte, „Gerechtigkeit gegen jedermann“ zu üben.

Das Blatt wirt Hindenburg vor, er habe wissen müssen, daß Hitler das Amt des Reichskanzlers in der Absicht übernehme, die von ihm feierlich beschworene Verfassung zu brechen und auf Gewalttaten auszuge. Bei der Unterredung zwischen Hindenburg und Hitler im August 1932 habe Hitler erklärt, er rechne im Falle seiner Machtergreifung mit 3000 Toten. Als ein Teilnehmer dieser Besprechung entsetzt antwortete, Mussolini habe es doch nur bei dem einen Rastelli bewenden lassen, habe Hitler überlegen lächelnd geantwortet, das sei ganz fallch. Auch der Sieg des italienischen Faschismus habe sehr zahlreiche Menschenleben gekostet. Daher galt die Kandidatur Hitlers als erledigt. Bei einem Diplomatenessen, das kurz darauf stattfand, äußerte eine dem Reichspräsidenten nächstehende Persönlichkeit: „Der Anstreicher wird es nicht!“

Jetzt habe es Hindenburg nicht einmal vermocht, den Mann, in dessen Hand er den Eid für Verfassung und Gerechtigkeit abgelegt habe, vor den Klauen des Fememörders Heines zu bewahren. Der „Neue Vorwärts“ teilt zur Illustration des Verhaltens von Hindenburg noch mit, Paul Löbe sei der erste gewesen, der im Januar 1932 im Palais des Reichstagspräsidenten im Kreise von Republikanern die Wiederwahl Hindenburgs vorgeschlagen habe!

Der Artikel endet mit den Worten: „Abgeschlossen aber ist das Kapitel Hindenburg.“

Auch ein Staatsoberhaupt

Der alte Herr „bedauert außerordentlich“, aber tun kann er nichts. Seine übergeordneten Herren schicken den lautereren Paul Löbe ins Konzentrationslager...

Paul Löbe, der ehemalige Reichstagspräsident, in dessen Hände der Reichspräsident Hindenburg den Eid abgelegt hat, die Verfassung zu achten und zu schützen, sitzt in Schuchhaft. Nun hat sich Frau Löbe an Hindenburg um Hilfe gewendet und von ihm die Antwort erhalten, daß er die Verhaftung ihres Mannes außerordentlich bedauere. Sie möge versichert sein, daß er nach wie vor an der Loyalität Löbes keinerlei Zweifel hege. Er habe sich mit dem Reichskanzler in Verbindung gesetzt, um die Entlassung ihres Mannes zu erwirken.

So weit der Brief, wie ihn ein bürgerliches Blatt wiedergibt. Der Brief ist bereits vor achtzehn Tagen geschrieben worden, aber die Tatsache, daß Paul Löbe jetzt in ein Konzentrationslager unter die Obhut des Feme-Heines in Breslau gebracht worden ist, beweist deutlich, daß die Hitler und Göring auf die Intervention des Reichspräsidenten einfach geplatzt haben. Und diesen Gefallen haben Hindenburg senior und Hindenburg junior die Nacht in die Hände gespielt.

Ein Rechtsstaat? Ein Räuberstaat, in dem selbst das höchste Oberhaupt des Staates nichts mehr zu sagen hat. Es fehlt nur noch, daß man für die Entloftung unschuldiger Menschen auch Lösegeld nimmt.

Wir buchen auch diese Schande für den Tag der Abrechnung.

Ich kann nicht länger schweigen

Ein deutscher Hochschullehrer schreibt an die „Deutsche Freiheit“

In diesen Tagen hat die „Deutsche Freiheit“ einen Brief aus einer deutschen Universitätsstadt erhalten, der ihr, um der Postzensur zu entgehen, auf Umwegen zugeleitet wurde. Sein Verfasser ist ein bekannter deutscher Hochschullehrer und naturwissenschaftlicher Forscher. Wir gestehen, daß uns dieser Brief, aus dessen Zeilen die seelische Bedrängnis eines hochgesinnten Mannes spricht, aufs Tiefste bewegt hat. Denn hier wird endlich die Stimme vernommen, die wir vermisten und noch vermischen, in diesen Monaten der Vernichtung der geistigen Freiheit, der Zerstörung der kulturellen Werte, der Vergewaltigung aller menschlichen Hoheitsrechte. Dieser Brief läßt erkennen, daß die wertvollsten und schöpferischsten Menschen, so wenig sie die ganze Wahrheit unter dem Druck der Pressezensur und der Nachrichtensperre wissen, so wenig das Schreien der Mißhandelten und Gefolterten an der Oberfläche des „normalen Betriebs“ hörbar wird, doch aus unterirdischen Quellen die Wirklichkeit erahnen.

Wir haben an dem Wortlaut dieses deutschen Gelehrtenbriefs — den Namen seines Verfassers müssen wir aus begrifflichen Gründen verschweigen — nicht ein Wort geändert. Wir bitten alle Zeitungen, die ihn zu Gesicht bekommen, alle Menschen, die ihn lesen, diesen leider alleinstehenden Versuch einer Ehrenrettung des guten deutschen Namens durch Abdruck und durch Weitergabe zu verbreiten. Um so mehr, als, wie es in einer Anschrift von Professor W. heißt, eine Reihe von noch nicht gänzlich gleichgeschalteten Zeitungen, denen dieser Brief in außerordentlich abgeschwächter Form zugesandt wurde, den Abdruck mit höflich-unverbindlichen Worten verweigert haben.

Die Redaktion der „Deutschen Freiheit“.

... den 23. Juli 1933.

An die Redaktion der „Deutschen Freiheit“.

Ich wende mich heute an Sie, obwohl ich bisher noch kein Exemplar Ihrer „Deutschen Freiheit“ in Händen gehabt habe. Man hat sie, wie es jüngst im Rundfunk hieß, offiziell als „deutsches Feindblatt“ bezeichnet, und ich nehme an, daß sie bei uns verboten ist. (Seit dem 19. Juni, ein Tag vor dem Erscheinen der ersten Nummer. Die Red. der

„Deutschen Freiheit“.) Aber ihr Name, der „Deutsche Freiheit“ und „Freiheit“ in guter symbolischer Weise vereint und mir einen Begriff davon gibt, was Sie für unser Vaterland zurückgewinnen wollen, hat mich ermutigt, Ihnen durch Vermittlung eines Freundes diesen Brief zugehen zu lassen. Ich gebe Ihnen die Entscheidung, meine Zeilen nach Ihren publizistischen Möglichkeiten zu verwenden, falls Sie mit ihnen, woran ich nicht zweifle, übereinstimmen sollten.

Vor hundert Jahren wurde die Heilige Allianz der

Reaktion, die über Preußen-Deutschland und Oesterreich lagerte, aufgeschreckt durch die Rufe junger Rebellion. Studenten und Gelehrte, Geschichtsschreiber und Lehrer einten sich im Bekenntnis der Menschenrechte, die unter der Polizeif Faust des Vormärzes am Boden lagen. War es ein Zufall, daß, von den „Göttinger Sieben“ angefangen bis zu den Jung-Hegelianern, die deutschen Universitäten die Keimzellen der neuen Sprengkräfte waren? Es lag in Gesichtsinn der Zeit, daß der Freiheitswille des Geistes nicht schweigen konnte und nicht schweigen durfte gegenüber dem, was Macht und Herrschgewalt ausübte und alleinig Autorität über das Volk zu beanspruchen sich vermaß.

Jetzt scheint mir die Stunde gekommen, wo wir deutsche Hochschullehrer — oder wenigstens einer von uns — den Bann des Schweigens brechen müssen. Einer von ihnen, der zu den sogenannten „Unpolitischen“ gehört und niemals Mitglied einer Partei war, unternimmt das Wagnis des Beginns. Nicht darum soll es gehen, ein neues revolutionäres Bonner voranzutragen. Ich mache mir keine Rolle an, zu der ich mich nicht berufen fühle zu einer Zeit, wo nur eine wahre Massenerhebung die Wende herbeiführen könnte. Aber wenn ich in meinem engeren Hochschul-Umkreise täglich den Fluch der Feigheit beklemmend erleben muß, wie sich meine Kollegen beugen unter das Diktat uniformierter Studenten, wie sie Befehlsempfänger geworden sind für die Anordnungen des „totalen Staates, wie sie die Vernichtung der akademischen Freiheitsrechte der Fakultäten widerspruchslos hinnehmen und sich vor „Kommissaren“ neigen, die wenige Jahre vorher bei ihnen ein schlechtes Examen machten — nein, dann

